

REZENSIONEN

Kitchen Politics (Hg.)

Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit

MAKDA ISAK

Der vierte Band der Reihe *Kitchen Politics. Queerfeministische Interventionen* vom gleichnamigen Kollektiv hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit historisch, politisch und theoretisch zu rahmen. Mit insgesamt sechs Beiträgen stellt das Buch gegenwärtige Ansätze, Formen der Selbstorganisation und kritische Analysen vor und versucht, das in den USA von Schwarzen Feministinnen entwickelte Konzept in den deutschen Kontext zu übertragen. Die Beiträge aus Wissenschaft und Aktivismus verstehe ich als Momentaufnahme der bisher (nicht nur) in Deutschland geführten Debatten und Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit. So lässt der Beitrag „Austausch mit und in einem Berliner Netzwerk“ Berliner Aktivist_innen aus unterschiedlichen feministischen selbstorganisierten Kontexten zu Wort kommen, die aktuell zu reproduktiver Gerechtigkeit arbeiten. Obwohl einige Interviewpartner_innen laut eigener Aussage den Begriff nicht konkret nutzen, wird schnell deutlich, dass er Gegenstand ihres Aktivismus ist. Während Ulrike Haase vom Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V. es als ungerecht beschreibt, dass behinderten Frauen Mutterschaft gesellschaftlich abgesprochen und oft auch rechtlich verwehrt wird (82), kritisiert Jane Wangari von Women in Exile das Asylbewerberleistungsgesetz, welches den Zugang für Geflüchtete zur Gesundheitsversorgung regelt. Vor allem für geflüchtete Frauen und Queers kann diese Regelung drastische Folgen für ihre reproduktive Gesundheit haben, da ihnen der Zugang zu Gynäkolog_innen massiv erschwert wird oder sie von Ärzt_innen nicht ernst genommen werden (84f.). In den Aussagen der Aktivist_innen sowie insgesamt im Band wird deutlich, dass intersektionale Diskriminierung ein zentrales Problem ist, welches im Rahmen von reproduktiver Gerechtigkeit stets bekämpft werden muss.

Darauf geht auch der Hauptteil des Bands tiefer ein: Der Grundlagentext von *Loretta J. Ross*, eine der Begründerinnen des Konzepts („*Reproductive Justice*. Ein Rahmen für eine anti-essentialistische und intersektionale Politik“) ist mit seinen über 40 Seiten der deutlich längste Text des Bandes. Gemeinsam mit elf weiteren Schwarzen feministischen Aktivistinnen hat Ross den Begriff 1994 in den USA aus ihrer vielfältigen Arbeit zu reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten entwickelt. Reproduktive Gerechtigkeit verknüpft beide Dimensionen. Ross legt vier Grund-

sätze des Konzepts dar: das Recht sich selbstbestimmt zu entscheiden, Kinder zu bekommen; das Recht, keinen Geschlechtsverkehr zu haben oder kein Kind zu bekommen durch sicheren Zugang zu Abtreibung und Verhütung; das Recht, Kinder selbstbestimmt in einer sicheren und gesunden Umgebung großzuziehen und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Autonomie und Lust. Alle vier Grundsätze bzw. Grundrechte – und somit auch Frauen, Queers und Kinder, die diese Rechte einfordern oder Rechtssubjekte sind – sind stets in Gefahr, wie aktuell das restriktive Abtreibungsgesetz in Polen oder die weltweite reproduktive Unterdrückung in Form von gewaltsamen Kindesentzug oder dauerhafter Zwangsverhütung demonstrieren. Indem das Konzept mit Schwarz feministischen US-Amerikanischen Ursprüngen marginalisierte Perspektiven derjenigen zentriert, deren Elternschaft nicht anerkannt oder sogar illegalisiert wird (9), hinterfragt es zum Beispiel die Binarität von *Pro Choice* versus *Pro Life*, da diese „*Pro Choice* auf ein individualisiertes, liberales Verständnis von Abtreibungsrechten reduziert und *Pro Life* auf die ‚Rechte des Embryos‘ und auf Anti-Abtreibungspolitik“ (19). Ross kritisiert das Ignorieren von Erfahrungen von Black, Indigenous und People of Colour (BIPoC) in diesem Diskurs: Sie werden noch heute mit Zwangsterilisation und Verhütungsmaßnahmen als Form von Bevölkerungskontrolle – sei es im Globalen Süden oder gegenüber rassifizierten Communities in den USA – ebenso konfrontiert wie durch neoliberale Techniken, die arme Menschen davon abhalten können, sich für Kinder zu entscheiden. Wenn im *Pro Choice*-Diskurs nicht Abtreibungsgründe konkret thematisiert werden, bleiben verflochtene strukturelle Diskriminierungen entlang von Ableismus, Rassismus, Klassismus, Grenzregime und Hetero- und Cis-Sexismus ignoriert und unbesprechbar.

Auch der Textbeitrag von *Anthea Kyere*, „Kämpfe verbinden. *Reproductive Justice* auf deutsche Verhältnisse übertragen“, betont, dass es um mehr als Abtreibungsrechte geht. Reproduktive Gerechtigkeit hinterfragt die strukturell unterschiedlichen Zugänge zu Gesundheitsversorgung für verschiedene soziale Gruppen und formuliert eine intersektionale feministische Kritik, die diejenigen Menschen in den Fokus rückt, denen diese Zugänge erschwert oder sogar verwehrt werden. Dass Storytelling von Ross als wichtige Methodologie der reproduktiven Gerechtigkeit genannt wird, verdeutlicht die Notwendigkeit, jene Perspektiven sichtbar zu machen, die am meisten marginalisiert werden. Storytelling ist für Ross nicht nur eine Methodologie, sondern politische Praxis, die auf kollektiver Kraft basiert (32). Reproduktive Gerechtigkeit als theoretischer und aktivistischer Rahmen ist Ergebnis von Schwarz-Feministischen Interventionen und Wissensproduktion aus den 1970er- und 1980er-Jahren.

Ein weiterer Fokus der Texte sind antinatalistische Programme, von denen im US-Kontext vor allem Schwarze und Native American Frauen und Queers betroffen sind, was wiederum die Kontinuitäten von Siedlungskolonialismus, Versklavung und Genozid verdeutlichen. Den antinatalistischen Kontinuitäten in Deutschland zwischen Eugenik im Nationalsozialismus und dessen ideologischen Auswirkungen auf die Nachkriegszeit widmen sich insbesondere Kyere und *Susanne Schultz*.

In pandemischen und umweltkatastrophischen Zeiten der wieder stärker werdenden Forderungen nach restriktiver Bevölkerungskontrolle knapp 28 Jahre nach der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 ist der aktuelle *Kitchen Politics* Band tatsächlich als eine queerfeministische Intervention zu verstehen. Deutlich wird dies auch anhand des gedruckten Statement von 2019 „Ein erneuter Aufruf zum feministischen Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle“. Der Band kann als deutschsprachige Einführung in das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit, dessen Entstehungsgeschichte und gegenwärtige Einordnung in deutsche Kontexte betrachtet werden. Wie die Herausgeber_innen in ihrer Einleitung betonen, konzentrieren sich die Texte primär auf machtkritische Perspektiven, aber weniger auf bereits stattfindende, transformative Alltagspraktiken und Visionen betroffener Eltern und Kinder (12). Das sehe ich nicht als Kritikpunkt – auch weil im letzten Kapitel *Jin Haritaworn* auf wichtige Praktiken queerer Elternschaft aus einer aktivistischen Community-Perspektive hinweist –, sondern eher als Einladung, sich im deutschen Kontext weiterhin eingehender mit reproduktiver Gerechtigkeit als theoretischem Rahmen und politischer Praxis auseinanderzusetzen.

Kitchen Politics (Hg.), 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit. Mit einem Grundlagentext von Loretta J. Ross. Münster: edition assemblage. 144 S., ISBN: 978-3-96042-110-8

Moritz Altenried, Julia Dück, Mira Wallis (Hg.)

Plattformkapitalismus und die Krisen der sozialen Reproduktion

CARLA OSTERMAYER

Die Covid19-Pandemie wurde zum „Katalysator des Plattformkapitalismus“ (52); durch sie tritt zudem die andauernde Krise der sozialen Reproduktion noch deutlicher zu Tage. Eine sich aus diesem Zusammenhang ergebende Analyse der Auswirkungen der Plattformen auf die sozialen Reproduktionsverhältnisse stand bisher jedoch aus. Hier interveniert der Sammelband, indem untersucht wird, „auf welche Entwicklungen im Bereich der sozialen Reproduktion Plattformen reagieren, an welche Krisen sie anknüpfen und welche Transformationsprozesse sie fördern“ (7). Ausgangsannahme ist, dass im Neoliberalismus eine „multidimensionale Krise der sozialen Reproduktion“ (12) vorherrscht. Die Unternehmensstrategien digitaler Plattformen knüpfen an diese an und können durch sie Gewinne erwirtschaften; sie intervenieren dort, wo der Sozialstaat gekürzt wurde, Reproduktionslücken und Erschöpfung vorherrschen oder Arbeiter*innen sich Flexibilität und Autonomie in der Lohnarbeit wünschen.